

Sich nach Berner Vorbild hinsetzen

BÄNKLI Zürcher Gemeinderäte setzen sich für bessere Sitzmöglichkeiten ein. Sie fordern die Stadt auf, sich an Bern ein Beispiel zu nehmen. Dort wurde zusammen mit Alters- und Behindertenverbänden eine neue Bank entwickelt.

Hindernisfreiheit und Alterstauglichkeit: Viele der öffentlichen Sitzbänke in Zürich entsprechen diesen Anforderungen nicht. Besonders für Senioren mit eingeschränkter Mobilität sei das Hinsetzen oder Aufstehen von den Sitzbänken beispielsweise wegen fehlender Armlehnen mühsam bis unmöglich. Deshalb fordern die grünen Stadtzürcher Gemeinderäte Monika Bättschmann und Markus Kunz zusammen mit zwölf Mitunterzeichnenden den Stadtrat in einem Postulat auf, zu prüfen, inwiefern untaugliche Sitzbänke angepasst oder ersetzt werden können.

Dies sei notwendig, weil Sitzbänke nicht nur zum Verweilen einladen würden. «Sie sind insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität wichtig, wenn sie zum Beispiel auf den Bus oder das Tram warten oder wenn sie unterwegs zu den öffentlichen Verkehrsmitteln sind», schreiben die Gemeinderäte in ihrem Postulat weiter. Zudem trage die Möglichkeit, sich im öffentlichen Raum aufhalten zu können, deutlich zur Lebensqualität von Seniorinnen und Senioren bei.

In ihrem Vorstoss verweisen die grünen Gemeinderäte auf das Pilotprojekt «Neue Berner Bank» der Stadt Bern. Der Prototyp der neuen Sitzbank wurde im Sommer 2018 zunächst an sieben Standorten in der Hauptstadt testweise aufgestellt. Zudem wurde die Bevölkerung zu ihren Sitzerfahrungen befragt.

Bedürfnisse variieren stark

Im Rahmen des Projektes «Umsetzung hindernisfreier öffentlicher Raum» hat sich die Stadt Bern zusammen mit städtischen Fachstellen, Alters- und Behindertenverbänden sowie einem externen Designer an die Entwicklung einer neuen Sitzbank gemacht. Diese unterscheidet

sich folgendermassen von den bisherigen Sitzmöglichkeiten in Bern: Die Sitzfläche ist erhöht und die Rückenlehne ist steiler als bei den herkömmlichen Bänken. Für Menschen mit Sehbehinderungen wurde zudem eine ertastbare Traverse auf Bodenhöhe integriert. Die «Neue Berner Bank» gibt es mit und ohne Armlehne.

Gemäss Gesamtprojektleiterin Petra Heger waren die Rückmeldungen zum Prototyp der neuen Sitzbank durchwegs positiv, dennoch wurde die Sitzgelegenheit hinsichtlich Sitzkomfort an der Rückenlehne noch leicht angepasst: «Es geht darum, die Latten der Lehne am richtigen Ort zu

positionieren, damit das Sitzen angenehm ist», so Heger. Es sei schwierig, eine Sitzbank zu entwickeln, die der Allgemeinheit zusagt. «Die Sitzbedürfnisse variieren stark», sagt Heger. Dabei geht es um die Höhe der Sitzfläche, vorhandene oder fehlende Armlehnen wie auch die Steilheit der Rückenlehne.

Herausforderung Farbe

Auch eine Farbe für die Sitzbank zu finden, sei eine Herausforderung gewesen: «Helle Farben eignen sich nicht für Menschen mit Sehbehinderungen. Zudem muss die Farbe den denkmalpflegerischen Vorgaben entsprechen», so Heger. Die «Neue Berner Bank» gibt es nun in Graugrün sowie Blaugrün.

Auf der Basis der Überarbeitungen wird nun der Prototyp der Bank angepasst. Dann soll mit der

«Sitzbänke laden nicht nur zum Verweilen ein. Sie sind insbesondere für Menschen mit eingeschränkter Mobilität wichtig.»

Aus dem Postulatstext

Serienproduktion gestartet werden, sodass im Frühling 2019 – vorbehaltlich der Kreditgenehmigung – die ersten 100 zusätzlichen Sitzgelegenheiten in Bern installiert und weitere 350 bestehende Bänke auf Plätzen, in Fussgängerbereichen und Grünanlagen ersetzt werden können.

Wie teuer das Projekt Sitzgelegenheiten für die Stadt Bern wird, ist laut Heger schwierig zu beziffern. Die Herstellungskosten würden massgeblich durch die öffentliche Submission bestimmt werden. Der Aufwand hänge zudem vom Standort der jeweiligen Bank sowie den vor Ort notwendigen Vorbereitungsarbeiten für die Installation der Sitzgelegenheiten ab. «Durchschnittlich wird aber eine solche Bank zwischen 4500 und 5500 Franken kosten», sagt Heger.

Lina Giusto



Die «Neue Berner Bank»: Daran solle man sich ein Beispiel nehmen, fordern Zürcher Gemeinderäte der Grünen.

Foto: Pia Neuenschwander

So unterschiedlich sitzt die Stadt Zürich

Ob aus roten oder braunen Holzlatten, zum Anlehnen oder Liegen – die Zürcher Bänke sind vielfältig.

Sie stellt den kleinsten Begegnungsraum zwischen Menschen dar. Die Rede ist von der Sitzbank. Knapp 8000 Sitzgelegenheiten betreut das Tiefbauamt der Stadt Zürich. Etwas über 1000 davon stehen im Zürcher Waldgebiet. Zudem befinden sich etwas über 1500 Bänke in der Obhut der Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ). So viele Sitzgelegenheiten, wie es gibt, so verschieden ist auch ihre Nutzungsart und ihr Aussehen. Je nach Umstand hält man sich unterschiedlich lange auf einer Sitzbank auf.

Ist die Bank als Treffpunkt für eine Verabredung gedacht, wird sie vom Wartenden durchschnittlich 20 Minuten in Anspruch genommen. Setzt man sich aber auf eine Bank in der Stadt Zürich, um sein Mittagessen zu sich zu nehmen, kann der Aufenthalt zwischen 10 und 60 Minuten variieren. Will man sich von körperlichen Strapazen erholen oder mit dem Blick in die Ferne schweifend entspannen, kann dies im Durchschnitt zwischen 30 Minuten und mehreren Stunden dauern. So lauten die Informationen des Tiefbauamts der Stadt Zürich, wenn es um die unterschiedlichen Nutzungsab-

sichten von Sitzbänken geht. Daraus resultieren auch unterschiedliche Ansprüche an Lage, Form, Material und Art der Bank. Entsprechend sollen sie sowohl Blicke in die Ferne als auch in die Nähe bieten: auf die Landschaft, Gebäude und Vegetation wie auch auf andere Menschen im Stadtraum. Oberfläche und Sitzpositionen sollen in allen Varianten angenehm sein. So finden sich in der Stadt Zürich acht unter-

schiedliche Typen von Sitzgelegenheiten, die etwas genauer vorgestellt werden sollen.

• **Landibank:** Diese Sitzbank mit ihren grünen Holzlatten auf einem niedrigen, geschwungenen Stahlrohrrahmen findet sich zu Hunderten in den Zürcher Parks und Grünanlagen. Entworfen wurde sie im Jahr 1939 eigens für die Schweizerische Landesausstellung.



Die Landibank.



Spezielle Sitzgelegenheit.

• **Löwenbank:** Der Sockel mit Löwe ist aus Guss, und die Holzlatten sind rot lackiert. Diese Sitzbank wurde 1887 für die Zürcher Quai-Anlagen entwickelt und findet sich an historischen Orten wie auch in Seenähe wieder.

• **Klosterhofbank:** In ihrem Aussehen ähnelt die Klosterhofbank mit ihren naturbelassenen oder behandelten Holzlatten und dem Stahlrohrrahmen der Landibank. Jedoch geht bei diesem Banktyp



Die Löwenbank.

Fotos: Stadt Zürich

die Sitzfläche direkt in die Rückenlehne über. Sie ist in Grünanlagen und nahe von Gewässern anzutreffen.

• **Strassenbank:** Die aus Aluminium oder Hartgummi bestehende Sitzbank trifft man entlang von Strassen, auf Plätzen oder nahe von Verkehrsknoten in der Stadt Zürich an. Die Sitzbank gibt es auch in einer Ausführung mit Rückenlehne. Diese Version findet man entlang des Limmatquais.

• **Grünanlagenbank:** Die Sitzbank aus rot lackiertem Holz findet man in Zürich vornehmlich an historischen Orten. Ihre Besonderheit ist, dass sie mobil, also nicht am Boden verankert ist. Der Bankfuss ist aus Stahl gefertigt.

• **VBZ-Bänke oder -Stehhilfen:** Aus Holz und Chromstahl sind die Sitzgelegenheiten an den VBZ-Haltestellen gefertigt. Sitzbänke findet man nur dann, wenn die Haltestelleninsel über 2,5 Meter breit ist. Dort findet man die Stehhilfen, die zum Anlehnen einladen.

• **Spezielle Sitzgelegenheiten:** Ob zum Mittagessen oder für ein kurzes Nickerchen – diese Sitzgelegenheiten finden sich mehrheitlich auf Plätzen oder Grünanlagen und entlang von Gewässern. Meist sind sie aus Holz und Stahl gefertigt. Andere Materialien sind laut dem städtischen Tiefbauamt lediglich «in begründeten Fällen» möglich. *giu*



Die Klosterhofbank.



VBZ-Stehhilfe.



Die gemeine Strassenbank.

Kein Verstoss festzustellen

LEHRMITTEL In den letzten fünf Jahren hat der Kanton Zürich keine Lehrmittel aufgrund mangelnder Ausgewogenheit zurückgewiesen. Der Regierungsrat sieht denn auch keinen Handlungsbedarf, wie seiner Antwort auf eine Interpellation zu entnehmen ist. Diese war am 3. Oktober von den Kantonsräten Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Anita Borer (SVP, Uster) und Kathrin Wydler (CVP, Wallisellen) eingereicht worden, gleichzeitig mit einer dringlichen Anfrage von Anita Borer (SVP, Uster), Bettina Balmer (FDP, Zürich) und Rochus Burtscher (SVP, Dietikon).

Zuvor hatte die NZZ ein Schlaglicht auf die prominente Erwähnung von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen im Lehrmittel «Gesellschaften im Wandel» des staatlichen Zürcher Lehrmittelverlags geworfen. Dieses Lehrmittel sei freiwillig, hält nun der Regierungsrat fest. Jede Schule beziehungsweise Gemeinde kann selber entscheiden, ob sie es verwenden will oder nicht. Damit falle es nicht in die Hoheit des Bildungsrates – dieser könne nicht obligatorische Lehrmittel nicht verbieten.

Zweifach ausgezeichnet

Nichtsdestotrotz habe das Verfahren bei der Erstellung dieses Lehrmittels weitgehend demjenigen entsprochen, das auch bei der Erstellung obligatorischer Lehrmittel angewendet wird. «Gesellschaften im Wandel» habe zudem den Comenius Edumedia Award und den Worlddidac Award gewonnen. Überdies sei die politische Neutralität der öffentlichen Schulen in der Kantonsverfassung verankert und grundlegende Qualitätsansprüche gälten auch für nicht obligatorische Lehrmittel. Viel Verantwortung liegt bei Lehrerschaft und Schulleitungen. Im Rahmen ihrer Berufspflichten müssen sie sicherstellen, dass die politische Neutralität der Schule jederzeit gewahrt wird. Stellen Eltern eine Verletzung der Neutralität fest, können sie eine Aufsichtsbeschwerde einreichen. *saw*

Neues Amt für Uni-Professorin

OECD Christine Kaufmann, Rechtsprofessorin der Universität Zürich (UZH), übernimmt eine Schlüsselposition in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie wurde zur neuen Vorsitzenden des Ausschusses für verantwortungsvolle Unternehmensführung ernannt.

Die Professorin für öffentliches Recht, Völker- und Europarecht an der UZH setzt sich seit rund 20 Jahren für Menschenrechte im Wirtschaftsumfeld ein, wie die UZH mitteilte. Ihr neues Amt tritt sie am 1. Januar 2019 an.

Als Ausschussvorsitzende hat Kaufmann die Aufgabe, mit den 48 Mitgliedsstaaten sowie mit Vertretern von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft die bestehenden OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen umzusetzen und weiterzuentwickeln. Die Leitsätze der OECD sind das umfassendste internationale Instrument zur verantwortungsvollen Unternehmensführung. Dazu gehören alle Schlüsselbereiche der Unternehmensverantwortung, etwa die Sorgfaltspflicht für verantwortungsvolle Lieferketten mit der Überprüfung auf mögliche Kinderarbeit. *sda*